



Hamburg, am 02. November 2005

Stellungnahme der Elternkammer Hamburg (EKH) zum sechsten Jahresbericht der Ombudsfrau für Schülervertretungen

Auch der sechste Jahresbericht der Ombudsfrau zeigt die Wichtigkeit und Akzeptanz dieser Tätigkeit für und durch die Schüler/innen auf. Die aufgeführten Konfliktthemen sind Eltern aus ihrer Arbeit sehr vertraut und die beträchtliche Anzahl vergleichbarer Anfragen an die Geschäftsführung bzw. den Vorstand und einzelne Mitglieder der Elternkammer zeigen wie in den Jahren zuvor, dass diese Funktion beibehalten oder gar ausgebaut werden muss. Dies gilt insbesondere, wenn sich durch Änderungen der Gesetzeslage (Beispiel: Berufliche Schulen) die Mitbestimmungslage von Schüler/innen und Eltern verschlechtert.

Der Bericht zeigt etliche Punkte auf, die besonders auffällig sind und seitens der BBS Anlass zu Dienstanweisungen an Schulleitungen geben könnten:

1. Es ist erschreckend, dass sich in 45 Fällen Schüler/innen resigniert aus dem Konflikt zurückgezogen haben, weil sie Nachteile fürchteten oder sich hohem Druck ausgesetzt sahen. Dazu passt, dass bei den Konfliktthemen mehrfach Anmerkungen wie „nicht ernst genommen“, „auf Unverständnis stoßen“ und „lächerlich gemacht“ auftauchen. Offenbar muss in der Fortbildung für Schulleitungen und Lehrkräfte noch mehr darauf geachtet werden, dass Lehrer/innen lernen, Schüler/innen ernst zu nehmen und bei Konfliktlösungen auch innerhalb der Schülerschaft zu unterstützen.
2. Etliche der benannten Konfliktthemen beschäftigen sich mit Klassenkonferenzen. Dies zeigt einerseits positiv, dass die Schüler/innen sich verstärkt mit dieser Mitwirkungsmöglichkeit auseinandersetzen, andererseits negativ, dass die Lehrer/innen in mehreren Fällen das Mandat der Klassensprecher/innen nicht ernst genommen oder nur eingeschränkt berücksichtigt haben. Auch in diesem Fall drängt sich der Verdacht auf, es könne sich um ein Fortbildungsproblem handeln.
3. Mit aller gebotenen Schärfe sollte die BBS die Schulleitungen darauf hinweisen, dass Post an den Schülerrat nicht geöffnet und vollständig an den Schülerrat weiterzuleiten ist.

Insgesamt vermittelt der Bericht den Eindruck, dass der Raum und die Bereitschaft zur Konfliktlösung geringer geworden sind. Dies wird auch von vielen Eltern und Elternvertreter/innen so wahrgenommen. Die EKH fordert die Leitung der BBS auf, sich im Zusammenhang mit dem Vorhaben „selbstverantwortete Schule“ auch mit dieser Problematik auseinanderzusetzen und die angemessene Mitwirkung und Mitbestimmung von Schüler/innen und Eltern in die angestrebten Ziel- und Leistungsvereinbarungen aufzunehmen.